

Pressemitteilung 16. 12. 2008

Am 11. Dezember titelte die Rhein-Neckar-Zeitung "Würzner hat keine Mehrheit für seine Pläne" heute am 16. Dezember scheint Würzner eine Mehrheit zusammen gebracht zu haben. Wie konnte eine Handvoll Gemeinderätinnen und -räte ihre Meinung so schnell ändern? War es so, dass bei einigen CDU Gemeinderäten die Telefonleitungen glühten, dass bis dahin offene Fragen wie Finanzierung, Verkehrsführung etc urplötzlich von der Stadt gelöst wurden? War es so, dass hinter dem Appell der Wirtschaft, der sich vor allem an die CDU- Räte richtete, mehr steckte als nur ein demokratischer Appell? Sicher hat die Heidelberger Wirtschaft berechnete Interessen, aber auch die Heidelberger Bürger, die mehr als 80% ihrer Einkünfte in Heidelberg ausgeben, haben berechnete Interessen an einer lebenswerten Stadt. Wer vertritt die Heidelberger Bürger und ihre Interessen? Eine gewisse Zahl von Gemeinderätinnen und -räten scheint sich ihrer Verantwortung für die Gesamtheit der Bürger (§ 34 Bad. Gemeindeordnung) nicht mehr bewusst zu sein.

In einer Presseerklärung vom 16. Dezember erklärt OB Würzner, dass das von städtischen Ämtern und Gutachtern erarbeitete Konzept überzeuge und dass noch offene Fragen durch einen Architektenwettbewerb gelöst werden könnten. Architekten sind keine Klimatologen, Denkmalschützer, Finanzexperten und Verkehrsfachleute - oder gehört die Beantwortung dieser Fragen auch zum Architekturwettbewerb?

BIEST! hat die vorliegenden Gutachten von unabhängigen Gutachtern überprüfen lassen, mit dem erschreckenden Ergebnis, dass die zentralen Fragen nicht beantwortet wurden, respektive nicht beantwortet werden konnten. Aus dem umfangreichen Klimagutachten werden nur unverfängliche Sätze zitiert. Das Wirtschaftlichkeitsgutachten summiert lauter Hypothesen mit dem Schluss, dass es vielleicht funktionieren könnte. Das Verkehrsgutachten hat die große Lösung zur Grundlage - die Stadt überträgt die Ergebnisse kurzerhand auf die völlig anders geartete kleine Lösung - unzulässigerweise. Damit wird die kleine Lösung mehr Verkehr und mehr Verkehrsstau verursachen als wenn gar nichts geschieht, nur ein Beispiel: Blockade der B37 durch Anliefer-LKWs.

BIEST! appelliert an die Gemeinderätinnen und -räte sich ihrer demokratischen Verantwortung für alle Bewohner der Stadt bewusst zu sein und sich einseitigen Beeinflussungen und Pressionen zu widersetzen.